Nr. 371 * Ausgabe B Nr. 169
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 371

Abend-Ausgabe

Montag, 11. August 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Erzherzog Joseph für die Republik.

Eine antimonarchistische Proklamation.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **Budapest,** 11. August. (Indirekt.)

Erzherzog Joseph hat eine Proklamation erlassen, in welcher er feierlich versichert, nicht an eine Einführung des monarchistischen Systems zu denken. Er erinnert daran, daß er zu einen der ersten gehörte, die der jungen ungarischen Republik die Treue geschworen haben. Er sei ein treuer Bürger der ungarischen Republik, wenn er auch ein getreuer Anhänger des Kaiserhauses sei. Die Ausgabe dieser Proklamation hatte einen guten Grund. Vorgestern abend fand nämlich vor dem Hotel Bristol, wo der Erzherzog wohnt, da sein Palais fünf Monate lang Hauptquartier der Roten Wache war und noch nicht in Ordnung gebracht wurde, eine Demonstration statt, wobei eine aus mehreren hundert Studenten und Offizieren bestehende Menge den Erzherzog bereits als König hochleben ließ. Da man befürchtete, daß Kundgebungen dieser Art die Bildung der neuen Regierung ungünstig beeinflussen könnten, wurde die Proklamation herausgegeben. Trotzdem haben sich die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten zerschlagen. Die Budapester Arbeiterführer an sich waren bereits geneigt gewesen, an der Regierung teil zu nehmen, doch Garami, der erst vor wenigen Tagen in Wien eintraf, lehnte entschieden ab. Er meint, daß die Regierung keine genügende Bürgschaften für eine Demokratisierung biete. Die Sozialisten sind jedoch entschlossen, an den Wahlen der Nationalversammlung nach Kräften teilzunehmen. Sollten sie dann eine Mehrheit erhalten, so werden sie es für ihre Pflicht halten, eine Kontrolle der Regierung auszuüben.

Die Memoiren des Admirals v. Tirpitz.

Tirpitz über den Kaiser.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 11. August.

Karl v. Wiegand hat aus den Memoiren des Admirals v. Tirpitz, von denen ihm ein Exemplar zugänglich war, bevor Tirpitz das Buch zur Umarbeitung zurückzog, Mitteilungen an die amerikanische Presse geschickt, die in sehr verkürzter Form im „Daily Telegraph" wiedergegeben sind. Wiegand betont, daß Tirpitz aufolge der Kaiser persönlich das Verhalten der deutschen Flotte bestimmte und den U-Boot-Krieg anordnete. Wiegand weist ausführlich auf den Haß des Admirals v. Tirpitz gegen England — und gegen Herrn v. Bethmann Hollweg hin. An manchen Stellen spricht der Admiral sich kräftig über die Unentschlossenheit und den Mangel an Bereitwilligkeit des Kaisers aus, im gegebenen Fall die Verantwortung zu übernehmen. Tirpitz hält das für die hervorstechendste Charaktereigenschaft des Kaisers. Zugleich aber ist Tirpitz der Meinung, daß den Kaiser die Schuld am unbeschränkten U-Boot-Krieg treffe, der den Zorn der Welt gegen Deutschland weiter angefacht habe. Ueber Japan sprechend, meint Tirpitz, daß es im ersten oder zweiten Kriegsjahr für Deutschland hätte gewonnen werden können, wenn nicht die deutsche Diplomatie mit ihren törichten Maßnahmen dazwischen gekommen wäre. Merkwürdig ist, daß Tirpitz in demselben Atem England kräftig verurteilt, weil es Japans Hilfe für die Sache der Alliierten besorgt habe. Das Buch enthält viele tagebuchartige Aufzeichnungen und eine Menge Briefe des Admirals selbst. Am 29. März 1917 berichtet Tirpitz: „Tiefe Verstimmung aus dem Hauptquartier. Erklärung: „Falkenhayn sagt, er kann nichts tun." Am nächsten Tag schreibt der Admiral: „Heute kam Admiral Bachmann tief traurig zurück. Der Kaiser hörte ihn an und hielt dann eine Gegenrede von einer halben Stunde, in der er sagte, früher vielleicht hätte er die Flotte ausfahren lassen, aber jetzt würde er nicht die Erlaubnis dazu geben. Der Kaiser wünschte, die Flotte in Sicherheit zu lassen, um auf diese Weise eine Stütze bei den Friedensverhandlungen zu haben." Am 8. April schrieb Tirpitz: „Der Kaiser ist übervoll mit Siegesberichten, denn andere Nachrichten darf man ihm ja nicht bringen. Unter den Berichten, die man ihm vorlegt, ist einer über einen Riesenaufstand in Indien. Die Miffenden lassen die Köpfe hängen und sein Bruder schilt auf England." Ein früherer Brief vom 27. August 1914 an Frau v. Tirpitz berichtet von einem Frühstück mit dem Kaiser, der erklärte: „Ich bin stolz, daß meine sechs Söhne vor dem Feind gewesen sind, und ich habe ihnen dazu Glück gewünscht. So etwas braucht die Hohenzollerndynastie. Der Kaiser war eher zu optimistisch, was das Niederringen Englands angeht, er glaubte fest an Gottes Gerechtigkeit, und ich gab ihm recht, fügte aber hinzu, daß wir auch einiges aus eigenen Kräften hinzutun müßten." Tirpitz nimmt für sich in Anspruch, vorausgesagt zu haben, daß die Engländer die deutsche Flotte „einkorken" würden, und zwar mit Minen, und bedauert, daß Deutschland von vornherein die Engländer unterschätzt habe. Am 19. Januar 1915 schrieb Tirpitz an seine Frau: „Gestern sah ich wieder den Kaiser und sagte ihm, wenn wir nicht gegen die Engländer losgingen, würden wir die Achtung der Neutralen einbüßen. Er wollte aber nicht, er wünscht, politisch klarer zu sehen."

Die Behauptung Tirpitzs, daß ihn die Verantwortung für den unbeschränkten U-Boot-Krieg nicht treffe, sondern den Kaiser, hat bereits den Widerspruch des letzten amerikanischen Botschafters in Berlin, Gerard, gefunden, der der Meinung ist, daß Tirpitz den U-Boot-Krieg mit ins Werk gesetzt habe. Daß er selbst, Gerard, in einem Vortrag vor der Bremer Handelskammer erklärt habe, Amerika werde im Falle des unbeschränkten U-Boot-Krieges keine feindlichen Handlungen gegen Deutschland treffen, sei völlig unzutreffend. Er sei niemals in Bremen gewesen und habe eine solche Behauptung weder dort noch irgendwo anders gemacht, sondern im Gegenteil immer seine persönliche Meinung dahin ausgesprochen, daß Deutschland durch den unbeschränkten U-Boot-Krieg sich feindlichen Handlungen Amerikas aussetzen werde. „Die Sache ist eben die," so schließt Herr Gerard, „daß einige von diesen Herren die Schlinge fester um ihren Hals sich zu ziehen fühlen, aber kein Deutscher kann sich retten, indem er mich zum Sündenbock macht."

Der „Daily Telegraph" glaubt, daß Tirpitz mit seinem Buche beabsichtige, die Trennung der englisch-amerikanischen Freundschaft herbeizuführen! Tirpitz spreche von den Japanern als habsüchtigem, mittelalterlichem Volk, womit er viel Erfolg bei gewissen Feuerfressern an der amerikanischen Westküste haben werde. Im übrigen bejammere der Admiral, daß Deutschland gegen die Wichtigkeit des Besitzes einer Seemacht blind gewesen sei. Er kritisiere den Kaiser in Grund und Boden, weil er ihm nicht die Erlaubnis gegeben habe, in der Schicksalsstunde der Nation die Flotte einzusetzen. Jetzt könne er nur noch die Grabschrift der Flotte schreiben. In der Briefsammlung an seine Frau mache Tirpitz häufig Anspielungen auf seine zwanzigjährige Tätigkeit im Dienste der Entwicklung der Flotte, und immer wieder tadle er den Kaiser dafür, daß er ihm nicht vorfasse und nicht seinen Rat höre.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland.

Bern, 11. August.

Der „Bund" meldet aus Paris: Frankreich wird eine Zeitlang einen Geschäftsträger in Berlin haben, im Range eines Gesandtschaftsrates oder bevollmächtigten Ministers, aber keine eigentliche Gesandtschaft, unterhalten. In diplomatischen Kreisen spricht man von der Ernennung des Herrn v. Klobukowski für Berlin. Klobukowski war Vertreter der französischen Regierung in Belgien. Er verließ diesen Posten, um die Leitung der Propaganda zu übernehmen. Inzwischen ist nun aber die französische Gesandtschaft in Belgien zur Botschaft ausgestattet und der Nachfolger Klobukowskis zum Botschafter ernannt worden, während Klobukowski Gesandter bleibt. Möglicherweise wird er dafür den Botschafterposten in Bern erhalten.

*

Wir möchten im Anschluß an die vorstehende Mitteilung wiederholen, daß uns die Entsendung eines französischen Geschäftsträgers nach Berlin sehr viel wünschenswerter zu sein scheint, als die Entsendung eines Botschafters. Vor einiger Zeit meldete das „Echo de Paris", Herr Dutasta werde nach Berlin kommen. Herr Dutasta, Generalsekretär der Friedenskonferenz, ist eine Persönlichkeit, die nur einen Botschafterposten hätte übernehmen können. Die Ernennung eines französischen Botschafters würde uns dazu verpflichten, gleichfalls einen Botschafter nach Paris zu schicken, und man braucht nicht noch einmal darauf hinzuweisen, welchen Schwierigkeiten ein deutscher Botschafter einstweilen dort begegnen würde. Herr v. Klobukowski, der jetzt genannt wird, hat ein paar Jahre lang, bis zum Kriege, Frankreich in Brüssel vertreten. Er hat sich dort anscheinend nicht immer sehr wohl gefühlt, was mancher auf die Gegensätze zwischen dem französischen Antiklerikalismus und dem belgischen Klerikalismus zurückführen wollte. Neulich hieß es auch, der ehemalige Botschaftssekretär in Berlin, Lhermitte, sollte Geschäftsträger werden. Eine Entscheidung scheint noch nicht getroffen zu sein.

Blutige Zusammenstöße in Brooklyn.

Amsterdam, 11. August. (W. T. B.)

Die englischen Blätter vom 9. August bringen eine Reutermeldung aus Brooklyn, aus der hervorgeht, daß es dort im Zusammenhang mit den Streiks zu ernsten Zusammenstößen gekommen ist. Mehrere Personen wurden erschossen und eine Anzahl schwer verletzt.

Das Pressebureau Radio meldet aus Washington, daß ein Teil der streikenden Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten die Arbeit wieder aufnimmt, wahrscheinlich infolge eines Schreibens Wilsons an Hines, in dem er erklärt, daß er nichts unternehmen könne, bevor die Arbeiter ihren Führern folgen.

Eine Senatsabordnung an Oberst House.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 11. August.

Aus Washington wird gemeldet: „Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschloß, von Oberst House Erklärungen über die Haltung der amerikanischen Friedensdelegation in Paris zu verlangen. Falls es sich nötig erweisen sollte, wird eine besondere Abordnung Oberst House in Europa zu einer Unterredung aufsuchen."

Die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen aus Amerika

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 11. August.

Aus New York wird gemeldet: „Chicago Tribune" erfährt aus Paris, daß in Pariser amerikanischen Kreisen die Frage, was mit den deutschen Kriegsgefangenen in Amerika geschehen solle, lebhaft besprochen werde. Von französischer Seite sei der Vorschlag gemacht worden, die Kriegsgefangenen in Amerika freizugeben, bevor Frankreich seinerseits die deutschen Kriegsgefangenen freilassen würde. In amerikanischen Kreisen glaubt man aber, daß Amerika sich darauf nicht einlassen, sondern die deutschen Kriegsgefangenen zurückbehalten werde, bis das Friedensabkommen von zwei weiteren Mächten ratifiziert sein werde.

Nach der Luzerner Sozialistenkonferenz.

Die Ziele der Konferenz. — Die Haltung der deutschen Unabhängigen. — Renaudel und Hermann Müller. — Die Bedeutung einer Kohlenkatastrophe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

J. Luzern, 10. August.

Die Luzerner Sozialistenkonferenz, die ein Bindeglied sein soll zwischen dem Kongreß in Bern, der im Februar 1919 stattfand, und dem Kongreß in Genf, der im Februar 1920 abgehalten werden wird, ist am Sonnabend nach achttägiger Dauer zu Ende gegangen. Sie schloß mit einem Appell des Präsidenten Henderson zur Einigkeit unter den Genossen und mit einem Dank an den unermüdlichen Sekretär der zweiten Internationale, Camille Huysmans, der offenbar Uebermenschliches leistet, um aus der brodelnden Bewegung, in der sich die Wünsche und Ideen der Internationale noch befinden, einen festen Block zu gestalten, und Huysmans selbst hat in einer kurzen Bemerkung, die er zu mir am letzten Sitzungstage machte, die beste Kritik dieser Konferenz gegeben: „Es wird zu viel geredet; die Delegierten vergessen, daß sie nicht auf einem Kongreß, sondern nur auf einer vorbereitenden Konferenz sind." Ja, es sind sehr viele Reden gehalten worden, so daß der Präsident die Redezeit immer mehr verkürzen mußte, und man hatte den Eindruck, weniger wäre mehr gewesen. Das Milieu war ein anderes, wie das des Volkshauses in Bern, das den Februarkongreß bei sich sah. Ein Kursaaltheater in Luzern, in den Tagen der Hochsaison, in der die elegante Internationale den Ton angibt, reizt am Ende mehr zur Entfaltung rednerischer Effekte als ein Arbeiterhaus. Aber vielleicht machte sich dieser Einfluß nur unbewußt geltend, und die Arbeit, die in diesen acht Tagen zur Vorbereitung der zahlreichen Resolutionen (ein Spötter aus den Reihen der Gewaltdiktatoren nannte die Männer der zweiten Internationale die „Resolutionäre") geleistet wurde, war ein respektabler Kraftaufwand. Man ist nun sicher, daß sich die zweite Internationale für eine Revision des Friedensvertrages, für eine mildere Behandlung Deutschlands, für die territoriale Unantastbarkeit und für das Selbstbestimmungsrecht der unterjochten Völkerschaften des besiegten Oesterreichs, für Deutschlands Mitverwaltung der Kolonien, für die Freigabe aller Kriegsgefangenen und für vieles andere einsetzen wird, was nötig ist, um dem Erdball den Frieden zu geben. Die Zerschmetterung des Militarismus, die allgemeine Abrüstung, der schonungslose Kampf gegen den Imperialismus tauchten immer wieder auf, wenn die großen Redner der Internationale teils mit rhetorischer Leidenschaft, wie Renaudel, teils mit advokatorischer Gewandtheit, wie Longuet, teils mit abgerundeter Ueberlegenheit, wie Adler, von den Zielen des Kampfes sprachen. Indes, das letzte Ergebnis ist doch gewesen, daß man gestehen mußte, die zweite Internationale sei noch im Entwicklungsstadium und mit allen Anzeichen der Unfertigkeit behaftet. Es wurde vieles an ihr getadelt und vieles bei anderen Organisationen besser gefunden, so daß Henderson in seinem Schlußwort sagte, wem es bei der zweiten Internationale nicht gefalle, der möge sich eine andere suchen, und er hat auch ein kräftiges Wort gefunden gegen die Genossen, die der Meinung sind, eine internationale Veranstaltung sei dazu da, ihr Hausgezänk zum besten zu geben.

Das galt für die deutschen Unabhängigen, die wie Crispien einen ganzen Schauerfilm von der Tötung Gefangener bis zur Einkerkerung Tausender von Unschuldigen, der Einrichtung besonderer Gefangenenlager für politische Verbrecher, der Wiedererstehung des Militarismus in einer Armee von 800 000 Mann abrollen ließ, um den Beifall der französischen Genossen und der Galerie dafür einzuheimsen. Auch der Vertreter Deutschösterreichs, Dr. Adler, schilderte die Zustände in Deutschland mit den schwärzesten Farben und erzählte von politischen Flüchtlingen, die als Verfolgte zu ihm gekommen seien. Der Vertreter der deutschen Mehrheitssozialisten, Wels, hatte einen schweren Stand. Er war sozusagen der Mittelpunkt konzentrisch gegen ihn gerichteter Angriffe, und er selbst hatte die Lunte ans Pulverfaß gelegt, als er behauptete, einem siegreichen Deutschland würde die deutsche Sozialdemokratie Mäßigung aufgezwungen haben. Renaudel, der an Stimme und unwüchsigem Temperament gewaltigste Redner in der Versammlung, schmetterte sein „Niemals" gegen diese Bemerkung des deutschen Delegierten und zerhämmerte sie mit seinen Fäusten. Die deutschen Sozialisten hätten die Schmach von Brest-Litowsk nicht verhindert, und sie würden noch viel weniger gegen die Ausnutzung eines deutschen Triumphes ausgerichtet haben. Nach diesem Fortissimo kam das Piano: die Berufung auf Hermann Müller, den deutschen Außenminister, der erklärt habe, Deutschland werde die Bedingungen des Friedensvertrages loyal erfüllen. Wenn dies ein Wort sei, so werde die zweite Internationale die Möglichkeit haben, einen Druck auf die Regierungen der Entente zu üben, um sie zu einer Politik der Mäßigung gegen Deutschland zu zwingen.

Der Name Hermann Müller ist zweimal zitiert worden. Vor Renaudel hatte sich der Holländer Vliegen auf Müllers Erklärung in der Nationalversammlung berufen. Mit dieser doppelten Erwähnung hat Hermann Müller das „Placet" der zweiten Internationale erhalten und dieses „Placet" ist deshalb wichtig, weil es die einzige positive Anerkennung ist, die dem republikanischen Deutschland von der Internationale gespendet wurde. Vielleicht ist diese Einschränkung in der sonst sehr verschwenderisch gebüßten Kritik nicht der kleinste Erfolg, den die Deutschen mit sich

nehmen durften, und Renaudel hat den Deutschen noch eine zweite Genugtuung verschafft: er warnte beschwörend vor einer Unterschätzung der Kohlenkrisis, die der deutsche Unabhängige Crispien als bedeutungslos gegenüber der Frage, wie die Diktatur des Proletariats aufzurichten sei, bezeichnet hatte. Durch die Störung der Kohlenproduktion in Deutschland könne, so donnerte Renaudel in den Saal, eine Katastrophe entstehen, so schrecklich, wie Europa sie noch niemals erlebt habe, und er schien diese Erkenntnis mit beiden Fäusten dem Genossen Crispien in den Schädel hämmern zu wollen.

Wird die zweite Internationale das Wort des großen sozialistischen Denkers Friedrich Engels zur Tat werden lassen, daß die demokratische Republik das einzige Durchgangsstadium für den Sozialismus bildet? Man wird sehen, ob sich bis zum Genfer Kongreß das Menschliche, das in Luzern noch laut zum Wort kam, hinter die versöhnende Idee zurückgezogen hat. Menschlich ist der Streit zwischen den feindlichen Brüdern in der sozialistischen Partei, menschlich ist der Wunsch, die Methoden der Gewalt anzuwenden, menschlich sind die Sympathien für die russische Revolution, aber Menschliches und Unmenschliches grenzt hart aneinander, und die zweite Internationale soll keine Vorkämpferin des Bolschewismus, sondern eine Vertreterin der sozialen Demokratie sein. Sie könnte in die Gefahr geraten, von dieser Linie abgedrängt zu werden, wenn nicht Männer wie Henderson, Huysmans, Branting, Engberg, Troelstra, Macdonald, Renaudel, Bernstein, Kautsky, Vandervelde das Steuer in der Hand hielten. Aber auch sie haben eine Riesenaufgabe zu erfüllen, um das Studium über die beste Methode für die Sozialisierung der Menschheit zum guten Ende zu führen. Zum zweitenmal ertönt der Ruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" — nicht um die Welt in Ketten zu legen, sondern um ihr die Freiheit der Entwicklung zu geben. Die Konferenz in Luzern hat gezeigt, daß sich die Demokratie und die Diktatur des Proletariats innerhalb der zweiten Internationale feindlich gegenüberstehen, und es mag an diesem Konflikt, der immer wieder die Atmosphäre erschütterte, gelegen haben, daß man am Ende eine Kleinigkeit zu erwähnen vergessen hatte, nämlich die, daß Deutschland der einzige Staat ist, der die Probe auf die Ziele der zweiten Internationale bereits abgelegt hat.

Eine Einheitsfront gegen die Judenpogrome.

Gründung eines „Bundes der Weltbürger" in Holland.

Ein internationales Vorgehen gegen die Judenpogrome im Osten Europas schlägt der Leiter der Deutschen Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung, Berlin-Halensee, in einer Zuschrift an das Anti-Pogrom-Komitee in Amsterdam vor. Der Brief wird in dem „Algemeen Handelsblad" in Amsterdam veröffentlicht. Es heißt darin unter anderem:

„Daß Europa mit seiner Maori-Neger-Politik auf einem sittlichen Tiefstand angelangt ist, der es immer neuen Katastrophen entgegenführen muß, wenn die geistige und sittliche Elite der Welt sich nicht endlich machtvoll zusammenschließt, um eine geistige und sittliche Renaissance der Menschheit herbeizuführen. An vielen Plätzen der Erde ist der Antisemitismus wieder mächtig aufgelodert, vielfach schwelt er, vorläufig noch unsichtbar, unter der Oberfläche. Genährt wird er dadurch, daß immer wieder als Führer des Bolschewismus und der Anarchie Juden auftreten. Keine menschlich schönere und kulturell bedeutsamere Aktion könnte das internationale Judentum unternehmen, als wenn es sich schnellstens der kleinen Clitequppe holländischer Gelehrten anschließt, die im Begriff ist, einen „Bund der Weltbürger" zu gründen.

Die Judengreuel in Polen sind keine konfessionelle Frage, sie sind ein Menschheitsproblem! Und alle sittlich empfindenden Menschen der Welt werden bereit sein, dem internationalen Judentum zu helfen, dieser entsetzlichen Schmach ein Ende zu bereiten. Alle Religionen müssen dagegen protestieren, denn vor den letzten Forderungen des Sittengesetzes gibt es keine konfessionellen Unterschiede. Der „Bund der Weltbürger" will eine internationale Einheitsfront herstellen aus allen geistig und sittlich hochstehenden Menschen der Welt, gleichgültig welche Nationalität, welche Konfession und welchen Beruf sie haben. Eine Einheitsfront aus allen Menschen, die es als ihre Lebensaufgabe betrachten, die Menschheit wieder aus dem Sumpf von Haß und Mißtrauen herauszuführen, in den sie geraten ist."

Graf Brockdorff-Rantzau über Nordschleswig als Völkerbrücke.

Der frühere Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau hatte auf dem Landsitz Annettenhöh vor Schleswig, wo er sich gegenwärtig aufhält, mit einem Redaktionsmitglied des „Rendsburger Tageblattes" eine Unterredung über schleswig-holsteinische Fragen und die deutsch-dänischen Beziehungen. Der ehemalige Führer der deutschen Friedensdelegation sagte unter anderem:

„In dem ausgezeichneten Offenen Brief, den der Staatskommissar Dr. Köster an die dänische Sozialdemokratie gerichtet hat, betont er, daß die deutsche Regierung bereit ist, eine Grenze zu ziehen, die den vom nationalen Ansprüchen Dänemarks angemessen ist, die das Selbstbestimmungsrecht beider Völker respektiert und aus den streiterfüllten Marken Nordschleswigs eine friedliche Völkerbrücke schafft. An Dänemark ist es jetzt, zu beweisen, daß auch auf seiner Seite derselbe gute Wille besteht. Wir sind Nachbarn und bleiben Nachbarn, das sollte jenseits und diesseits der Grenze nicht vergessen werden. Die Entente weiß das sehr wohl und sucht unverhohlen ein freundnachbarliches Verhältnis zu stören. Auch darauf hat Dr. Köster hingewiesen, wenn er sagt, die Entente wolle Dänemark zum Sturmbock gegen Deutschland machen. Chauvinisten gibt es in allen Ländern, das wissen wir aus eigener trauriger Erfahrung. Der gesunde Sinn des dänischen Volkes sollte daher im Interesse der künftigen Beziehungen beider Länder dafür sorgen, daß die chauvinistischen Strömungen nicht die Oberhand gewinnen, und daß der Plan unserer Gegner, Deutschland und Dänemark gegeneinanderzuhetzen, vereitelt wird. Während des Krieges ist es ihnen nicht gelungen, es wäre widersinnig, wenn es ihnen nach dem Friedensschluß möglich werden sollte. Ich will daran nicht glauben; denn Deutschland und Dänemark sind aufeinander angewiesen, und ich teile vollkommen die Ansicht des Herrn Dr. Köster, der in seinem Offenen Brief erklärt: Wenn irgendwo, so kann hier im Norden zwischen zwei gleichbegabten und durch gleich ehrwürdige Geschichte verbreiteten Rassen ein schönes Beispiel jenes neuen Geistes internationaler Demokratie gegeben werden, der die Völker von nun an einen soll. Dieses Ziel kann aber — darüber darf kein Zweifel bestehen — nur erreicht werden, wenn wirklich ehrlicher Wille auf beiden Seiten vorhanden ist.

„Sie fragen mich," sagte Graf Brockdorff weiter, „ob ich eine südgermanisch-nordgermanische Annäherung im Interesse der Erhaltung des Friedens-Europas und der Welt für möglich und erwünscht halte. Ich stehe nicht an, diese Frage zu bejahen; selbstverständlich unter einer Voraussetzung: daß nämlich bei einer solchen Annäherung nicht an politisch-militärische Bündnisse gedacht ist, wie sie bei der Entente trotz des Völkerbundes noch üblich sind. Wenn es aber möglich wäre, ein gegenseitiges Verstehen der rasseverwandten Völker zu fördern, die Interessengemeinschaft auf dem Gebiete der Kultur zu pflegen, ohne die Aufgaben eines auf wahrer Parität und Friedensliebe aufgebauten Völkerbundes zu behindern und ohne die nationale Eigenart der einzelnen Völker zu verwischen, so würde das sicher der friedlichen Entwicklung nicht nur Europas, sondern der Welt zum Segen sein."

Die neuen Bestimmungen über die Rückwanderung ins besetzte Gebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

K. Mainz, 10. August.

In den neuen Verkehrsbestimmungen für das Gebiet der zehnten französischen Armee, die in vieler Hinsicht Erleichterungen bedeuten, ist ein wichtiger Abschnitt der Rückwanderung in das besetzte Gebiet gewidmet. Es gelten danach seit dem 6. August folgende Bestimmungen:

Die Rückwanderung erfolgt nach wie vor durch das Griesheimer Lager.

1. Personen, die vor dem 1. August 1914 im besetzten Gebiet ansässig waren, können zurückwandern, ohne daß es einer anderen Förmlichkeit als der Durchsicht ihrer Papiere und der Feststellung ihrer Identität bedarf; sie brauchen nicht im Lager zu bleiben. Damit ist, wie berichtet, praktisch die seitherige Quarantäne für diese Personen hinfällig.

2. Personen, die vor dem 1. August 1914 nicht im besetzten [illegible] ansässig waren, müssen die vorherige Erlaubnis des Oberb[illegible] haben; der Armee einholen, die nach Anhören des Administ[illegible] des Kreises erteilt wird, in dem sie sich niederzulassen wünsche[illegible]

3. Die Rückwanderung der Elsaß-Lothringer und der Einw[illegible] des Saargebietes bleibt der vorherigen Erlaubnis der Komm[illegible] der Republik in Metz und Straßburg und des Oberadminist[illegible] der Saar unterworfen.

Die Einreise aus dem unbesetzten Gebiet in [illegible] besetzte Gebiet wird folgendermaßen geregelt: Es ist ei[illegible] leitschein erforderlich, der beim Oberbefehlshaber der zehnten [illegible] zu beantragen ist. Er wird für längere Zeit als einen Mona[illegible] nach Anhören des Kreisadministrators, für kürzere Zeit ohne [illegible] solche erteilt. Die Niederlassung im besetzten Deutschland kann [illegible] vorheriger Prüfung vom Oberbefehlshaber der Armee ge[illegible] werden.

Die Abdankung des Kaisers.

Eine Zuschrift. — Die Reise des Ministers Drew[illegible]

Die Geschäftsstelle der Deutschen demokratischen Parte[illegible] Bundesstaate Sachsen schreibt uns:

„Durch die Presse gingen dieser Tage Auslassungen des frü[illegible] Reichskanzlers, des Prinzen Max von Baden, zur Vorgesc[illegible] der Abdankung des Kaisers. Darin wird erwähnt die Reis[illegible] damaligen preußischen Ministers Drews in das Große H[illegible] quartier und ihr Zweck. Die „Demokratische Umschau für Sa[illegible] hatte bereits in ihrer Ausgabe vom 18. Juli dies und noch meh[illegible] andere angedeutet. Sie hatte damals geschrieben: „Das preu[illegible] Staatsministerium hatte den tödlichen Ernst der Lage er[illegible] Drei Männer sollten dem Herrscher seine Bitte um De[illegible] vortragen. Ein Großherzog, ein Gesandter (ein Graf), ein Mi[illegible] Den beiden ersteren wurde ihre Mission schon in Berlin leid[illegible] dritte aber ist wirklich nach dem großen Hauptquartier gefahre[illegible] hat dort auch seinen Auftrag ausgerichtet. Sonst aber auch ni[illegible]

Die beiden anderen, die den Minister allein reisen ließen, [illegible] unseres Wissens der Großherzog von Hessen und der [illegible] rische Gesandte Graf Lerchenfeld. Hätten auch sie den [illegible] schluß zur Reise finden können, dann wäre der Erfolg vielleicht [illegible] ganz negativ gewesen. Bei dem Vorstellungskreise, in dem sich [illegible] Kaiser vielfach bewegte, mochte es schon einen Unterschied mach[illegible] nur ein bürgerlicher Minister, und sei es auch wirklic[illegible] Auftrage des ganzen Ministeriums, oder der Angehörige [illegible] alten Adelsgeschlechtes, das seinem Lande schon im achtzehnten [illegible] hundert Staatsmänner geliefert hatte, und gar erst ein Bundes[illegible] eine Bitte um Thronverzicht aussprach. So aber stand der bürger[illegible] Minister Drews im Großen Hauptquartier mit seiner Auffo[illegible] ganz allein da. Es ist höchst beklagenswert, daß auch in diesen [illegible] unter Volk so entscheidenden Punkte das gesamte Große Hauptqua[illegible] die Situation so völlig verkennen konnte. Erst acht Tage später [illegible] man im Hauptquartier zur Ansicht gelangt, daß die Abdankung [illegible] Kaisers notwendig sei. Es war zu spät, um die Revolution [illegible] verhindern zu können. Wie ja überhaupt die furchtbare Tr[illegible] unseres Volkes in diesem Kriege darin liegt, daß, innen- und au[illegible] politisch, richtige Entschlüsse der maßgebenden Stellen erst [illegible] kamen, wenn sie kein Unheil mehr verhüten konnten.

Es erhebt sich für unser Volk die schmerzliche Frage, woher d[illegible] nicht nur in der Frage der Abdankung des Kaisers, sondern [illegible] zum Beispiel fünfviertel Jahr vorher in der Frage der Fried[illegible] bedingungen und des Friedensschlusses, das Große Hauptqua[illegible] seine total unrichtigen Orientierungen beg[illegible] hat. Ist es wirklich zutreffend, daß man dort nur von alldeut[illegible] Seite sich informieren ließ? Sind etwa auch Führer der a[illegible] Reichstagsparteien daran beteiligt? Oder kamen diese falschen Or[illegible] tierungen nur vom Nachrichtendienst der Obersten Heeresleitung? [illegible] hat bekanntlich auch die Fochsche Reservearmee vernichtet; leider [illegible] daß unsere Oberste Heeresleitung und unser Heer diese Verfiche[illegible] auch als Entlastung verspürt hätten. Dieser Nachrichtendienst ha[illegible] auch beim bulgarischen Zusammenbruch so gänzlich versagt. [illegible] Lyoner Funkspruch hatte gemeldet, daß die bulgarische Armee [illegible] einer Front von vielen Kilometern durchbrochen worden sei. Da[illegible] wurde der Nachrichtendienst der deutschen Obersten Heeresleit[illegible] gefragt, was daran wahr sei. Er berichtete: Die Vorposten [illegible] beiden Heere hätten sich zufällig getroffen und es hätte sich [illegible] kleine Schießerei entsponnen, wie das öfters der Fall wäre; das [illegible] aber auch alles. 48 Stunden darauf war die ganze bulgarische Ar[illegible] erledigt."

Die ewige Wiederkehr.

Von [Nachdruck verboten.]

Hermann Schönhoff.

Von allen Schöpfungen des kriegerischen Handwerks hat am meisten Eindruck auf mich die Skala der militärischen Ränge gemacht, die von einem Manne mit geradezu teuflischer Logik ersonnen und aufgebaut sein muß. Nicht nur daß dieser ausgezeichnete Logiker durch Knöpfe, Tressen, Schnüre, Buchstaben und Zahlen alle Pflichten und Rechte des Soldaten ausdrückte, er baute auch die Abstufung dieser Pflichten und Rechte vom Gemeinen bis zum General in einer kunstvollen Pyramide auf, die die wichtigsten Momente im Leben des Soldaten nach außen manifestierte. Wie der Augur im Eingeweide der Tiere die Ereignisse der Zukunft las, so las der Kenner aus den Knöpfen und Schnüren des Soldaten, ob der Träger 33 oder 38 Pfennige Löhnung pro Tag erhielt, ob er mit Sie oder Du angeredet wurde, ob er um 9 oder 11 Uhr abends in seinem Quartier sein mußte oder die ganze Nacht durchschwärmen durfte, ob er dem militärischen Ehrengericht unterstand oder nicht, ja sogar, ob er in den Listen als k. v. oder g. v. geführt wurde. Und das war alles so diskret abgetönt und unauffällig angebracht, daß die Uniform wirklich ein Gedicht darstellte, dessen Versmaße auf den Schultern, Kragen und Aermeln des Soldaten zum Ausdruck kamen.

Das deutsche Heer zerfiel bekanntlich in zwei große Familien: auf der einen Seite die Offiziere, auf der anderen Seite die Unteroffiziere und Mannschaften. Mochten auch Unteroffiziere und Mannschaften in der Disziplin eine einheitliche Masse bilden, gesellschaftlich waren sie in logischem Aufbau geschieden. Wer Tressen am Kragen und am Aermel trug, wurde mit Sie und Herr angeredet, durfte Gefreite und Mannschaften anschnauzen und speiste in der Unteroffizierküche; unter ihnen gab es noch eine bevorzugte Klasse, die ein silbernes Portepee und silberne Kokarden trug und infolgedessen selbst ohne Urlaub die ganze Nacht außerhalb ihres Quartiers zubringen durfte. Aber selbst die Bevorzugten, die Feldwebel hießen, hatten ebenso wie die Unteroffiziere nur das Recht, eine Frau zu besitzen. Erst dem Leutnant kam eine Gemahlin oder Gattin zu. Ob auch dem Feldwebel-Leutnant, ist wissenschaftlich noch nicht ganz ausgemacht.

Zwischen all diesen einzelnen Familien und Familienklassen standen noch Zwitter, die äußerlich zu dieser, innerlich zu jener Klasse gehörten. So zwischen Mannschaften und Unteroffizieren die Gefreiten. Die Gefreiten nahmen innerlich nur einen höheren Grad der Gemeinheit ein, wurden deshalb auch mit Du angeredet und brauchten nicht gegrüßt zu werden. Aeußerlich aber trugen sie einen Knopf am Kragen, erhielten 38 statt 33 Pfennigen Löhnung und durften wie die Unteroffiziere im Dienste den gemeinen Soldaten anhauchen. Zwischen Feldwebel und Offizier schwirrte im Frieden die dunkle Schar der Schirr- und Wallmeister, der Festungsbaufeldwebel und der Beamten umher: sie trugen den Degen am Portepee wie die Feldwebel, aber untergeschnallt, die Beamten durften sogar ihre Achselklappen mit einer silbernen Tresse umsäumen, die, wenn breit gezogen, fast wie das Achselstück eines Offiziers aussah.

Nun konnten aber noch so viel Varianten am Rock eines Feldwebels angebracht werden, daß man im Kriege zwei neue Kategorien zwischen Feldwebel und Leutnant hinzufügte. Die erste war der Offizierstellvertreter. Der Offizierstellvertreter war nur Feldwebel und wurde Herr Feldwebel angeredet; was bei ihm an den Offizier erinnerte, war das Unterschnallen des Degens und die Minitzky der tressenumsäumten Achselklappen. Dem Leutnant kam der Feldwebel-Leutnant gleich, aber auch der war zuerst Feldwebel und erst nach dem Bindestrich Leutnant. Er trug freilich wirkliche und wahrhaftige Achselstücke, erhielt richtiges Leutnantsgehalt, aber die Eierschalen der gezwungenen Vergangenheit hingen ihm noch in Gestalt der Kragentressen an, so sehr er sich auch bemühte, sie immer mehr abzustreifen, so daß schließlich nur mehr zwei schmale Litzen vorne am Kragen übrig blieben.

Die deutsche Revolution von 1918 verfuhr bei den Abzeichen der Soldaten gut bürgerlich. Sie haßte die Tressen und vor allem die Achselstücke der Offiziere. Sie entsann sich gerne der Feste und Tanzlustbarkeiten, die in bürgerlichen Kreisen gefeiert wurden, und der Festordner und Komitemitglieder, die mit rotem Gesicht und blinkendem Auge und blauer oder roter oder weißer Binde um den Arm durch die Menge liefen und Ordnung herstellten. Von hier übernahmen die Revolutionäre, die bei aller Gewalttätigkeit gutmütig und ordnungsliebend gesinnt waren, die blauen Streifen, die sie den Soldaten an den Arm hefteten. In echt demokratischer Gleichmachung Mannschaften sowohl wie Offizieren. Vier schmale Streifen kennzeichneten nacheinander Unteroffizier, Sergeant, Vizefeldwebel und Feldwebel, ein breiter Streifen den Leutnant, ein breiterer den Major und ein breitester den Generalmajor; die Zwischenstufen wurden durch schmale Begleitstreifen unterschieden.

Das bürgerliche Metrum, das in den Uniformen der Freiwilligentruppen der Republik pulserte, war wohl nicht fein genug geschliffen, um den Rhythmus des Militärs richtig wiederzugeben. Die Reichswehr kehrt reumütig zu den feineren Unterscheidungen der alten Zeit zurück. In groben Zügen trennt sie Mannschaften mit grauen, Unteroffiziere und Offiziere mit silbernen, Generale mit mattgoldenen Schulterschnüren und sucht damit den Stand der Unteroffiziere als Führer zu heben und den Offizieren zu nähern. Um aber doch deutlich Unteroffiziere und Offiziere voneinander zu trennen, werden die Abzeichen der Unteroffiziere auf den Oberar[illegible] der Offiziere auf den Unterarm versetzt. So hat z. B. der Unt[illegible] offizier einen Sparren, der Sergeant zwei Sparren, der Vizefe[illegible] webel einen breifachen Sparren, der Feldwebel denselben mit ein[illegible] Begleitsparren. Leutnant, Oberleutnant und Hauptmann schmü[illegible] ein Streifen am Unterarm mit einer eleganten Schlinge, den Ma[illegible] ein dreifacher, den Generalmajor ein fünffacher Sparren mit e[illegible] sprechenden schmalen Begleitsparren für den nächsthöheren Rang. [illegible] wie bei der alten Uniform der Feldwebelleutnant die Tressen [illegible] Unteroffiziers mit dem Achselstück des Leutnants vereinigte, so ge[illegible] jetzt beim Offizierstellvertreter eine Schlinge am Sparren des Fe[illegible] webels seine innere Verwandtschaft mit dem Leutnant an. Der Fe[illegible] webelleutnant ist an der Schlinge des Leutnants ganz in den Ro[illegible] eines Offiziers hineingeschlüpft. Der Gefreite muß sich mit ein[illegible] winzigen Streifen am Oberarm begnügen.

Wir dürfen also beruhigt in die Zukunft blicken; nur die Form[illegible] sind wandelbar, heute klassisch, morgen romantisch, übermorgen [illegible] pressionistisch, aber der Rhythmus der Uniform bleibt in ewig[illegible] Wiederkehr derselbe. Wir schreiben noch das erste Jahr der Repub[illegible] schon die zweite Garnitur militärischer Abzeichen ist verbraucht [illegible] wir treten in die dritte Periode deutscher Uniformierung ein. [illegible] nach dem längst veralteten kaiserlichen System und dem allmäh[illegible] verlöschenden der Freiwilligentruppen folgt jetzt die funkelnagelne[illegible] Uniformierung der Reichswehr. Am 5. Mai 1919 wurde sie du[illegible] amtliche Verordnungen ins Leben gerufen, und ein schmales gel[illegible] Heftchen präsentiert jetzt die neuen Abzeichen auf 4 Tafeln, die Pe[illegible] Pietsch zeichnete (Die deutsche Reichswehr, Verlag F. Rascher, Fra[illegible] furt a. M.). Der ausgezeichnete Logiker, der die kaiserliche Ran[illegible] skala ersonnen hat, ist also noch nicht entthront. Seine Lehrs[illegible] werden auch unter der bürgerlich-sozialistischen Republik anerkan[illegible]

Z Sanitätsrat Dr. med. Georg Bonne in Klein-Flott[illegible] der als Arzt, Sozialreformer und Dichter in weiten Kreisen unser[illegible] Volkes sehr viele Freunde erworben hat, begeht morgen seinen sechz[illegible] sten Geburtstag. Als Sohn eines Hamburgischen Großkaufmanns g[illegible] boren, hat er seit mehreren Jahrzehnten eine umfassende segensrei[illegible] volkserzieherische Tätigkeit in Wort und Schrift entwickelt. Er ist [illegible] kannt als Vorkämpfer für die Bodenreform, für die Heimstätte[illegible] bewegung (Kriegerheimstätten), für die Reinhaltung der deutsch[illegible] Gewässer und gegen die Trinkunsitten. Von der Volksausgabe sein[illegible] Romans „Im Kampf um die Ideale" erwarb die Deutsche Dichte[illegible] Gedächtnis-Stiftung allein 1500 Exemplare zur Verbreitung. S[illegible] reifstes Werk, das Schauspiel in drei Aufzügen „Der Tempel d[illegible] Schönheit", wird voraussichtlich noch in diesem Jahre seine erste Au[illegible] führung in Hamburg finden.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Der ständigungsversuche.

Die Versuche zu einer direkten Aussprache zwischen der deutschen und der polnischen Regierung haben nunmehr zu einem gewissen Ergebnis geführt. Schon am 8. Juli hatte die deutsche Regierung in Versailles auf die Notwendigkeit unmittelbarer Verhandlungen mit der polnischen Regierung über die Ausführung des Friedensvertrages im deutschen Osten hingewiesen. Am 24. Juli kam dann auch in Danzig eine deutsch-polnische Konferenz zustande, die sich über eine Reihe von Fragen vorläufig verständigte. Die weiteren Verhandlungen sollten am 29. Juli in Berlin stattfinden, der Termin mußte aber vertagt werden, da die Entente gleichfalls bei den Verhandlungen mitwirken wollte. Mehrere Wochen stockten die Beziehungen. Erst am 9. August ging hier ein Funkspruch des polnischen Ministerpräsidenten ein, wonach die polnische Delegation unter Führung des Unterstaatssekretärs des polnischen Außenministeriums Dr Wroblewski in der Stärke von 15 Teilnehmern Sonntag nacht in Berlin zu den deutsch-polnischen Verhandlungen eintreffen werde. Die Eröffnungssitzung wird dem „Vorwärts" zufolge im Beisein von Vertretern der hiesigen militärischen Mission der alliierten Hauptmächte im großen Saale des ehemaligen Herrenhauses heute nachmittag um 4 Uhr unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs v. Haniel stattfinden. Herr v. Haniel wird eine Ansprache halten. Die Verhandlungen selbst werden voraussichtlich in mehreren Unterkommissionen am Dienstag beginnen. Deutscherseits werden Vertreter der Zentralbehörden des Reiches und Preußens, ferner einzelne höhere Beamte und Sachverständige aus den betreffenden Bezirken an den Verhandlungen teilnehmen. Nach Bedarf werden weitere Sachverständige und Auskunftspersonen zu den Verhandlungen hinzugezogen werden.

In erster Reihe dürfte es sich bei diesen Verhandlungen um die Klärung der Lage für diejenigen Deutschen handeln, die sich erst nach dem 1. Januar 1908 in den abzutretenden Gebieten angesiedelt haben. Sie können nach dem Friedensvertrag die polnische Staatsangehörigkeit nicht erwerben und ihr Grundbesitz kann liquidiert werden. Das würde für diese Ansiedler eine große Härte bedeuten. Auch ist die Frage zu regeln, in welchem Umfang der polnische Staat in die Rechte des preußischen Staates gegenüber den deutschen Ansiedlern eintreten soll. Es muß die Gefahr vermieden werden, daß die Ansiedler durch eine rigorose Anwendung der Ansiedlungsverträge rechtlos gemacht werden. Die preußische Regierung wird diese deutschen Rechte um so nachdrücklicher zu schützen in der Lage sein, je entschiedener sie von dem polnischen Entgegenkommen Zugeständnisse von unserer Seite abhängig macht. Es kommt dabei zunächst das weitere Verbleiben der deutschen Beamten auf polnischem Gebiet in Frage. Auch liegt es im polnischen Interesse, in den abzutretenden Gebieten schon jetzt den leitenden Verwaltungsbeamten polnische Beauftragte beizugeben, um sie in die preußische Verwaltungstechnik einzuführen. Da die Polen zu diesem Anspruch kein Recht haben, so müßte ein Zugeständnis der preußischen Regierung zu einem polnischen Entgegenkommen auf anderen Gebieten führen. Daneben bedürfen noch zahlreiche andere Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen, wie der Sprache, der Industrie, die Währungsfrage, die Kirchen- und Schulfragen und der Militärdienst, einer entgegenkommenden Erörterung. Da es in beiderseitigem Interesse liegt, daß sich der Uebergang der in Betracht kommenden Gebiete in polnische Hand unter konzilianten Formen vollzieht, so wird man den jetzigen Verhandlungen einen positiven Erfolg wünschen müssen.

Zum Rücktritt v. Rosenbergs.

Die Deutschnationalen haben in der Nationalversammlung folgende kleine Anfrage gestellt:

„Sind der Reichsregierung die ihr Ansehen schwer schädigenden Aeußerungen der Presse über die Gründe des Abschieds des Leiters der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, v. Rosenberg, bekannt, und ist sie bereit, der Nationalversammlung mitzuteilen, ob Herr v. Rosenberg in der Tat seinen Abschied genommen hat, weil er die Darstellung des Herrn Reichsfinanzministers Erzberger über die Vorgänge im September 1917 als wahrheitswidrig nicht für zulässig gehalten hat?"

Ernst Haeckel über die Natur als Künstlerin. Ernst Haeckel hat während seines langen, der Erforschung der Natur gewidmeten Lebens nicht aufgehört, die Schönheit der Natur zu bewundern und zu preisen. Vor sechs Jahren ließ er ein Buch erscheinen, das er „Die Natur als Künstlerin" betitelte und in dem er die wunderbaren Formen der kleinsten Lebewesen der Radiolarien darstellte und in Bildern dem Leser vorführte. Ueber die Erfahrungen, die er mit den Ergebnissen seiner Forschungen machte, erzählte er in heiterer Laune folgendes: „Während der 50 Jahre meiner Forschungen ist es mir häufig begegnet, daß teilnehmende Freunde und zufällige Besucher, denen ich meine Zeichnungen zeigte, oder auch die Objekte selbst unter dem Mikroskop vorführen konnte, in lebhaftes Erstaunen über die Schönheit und Mannigfaltigkeit dieser „verborgenen Kunstwerke der Natur" gerieten. Enthusiastische Bewunderer, Naturfreunde wie Künstler, riefen aus: „Wie ist es möglich, daß die Natur mit soviel Geschmack und Erfindungskraft so auserlesene Kunstwerke produziert! Wie ist es zu erklären, daß die einfache, dem unbewaffneten Auge unsichtbare Zelle so wundervolle Gebilde schafft? Ohne Gehirn und Augen, ohne Hände und Werkzeuge? Und wozu wird so viel Schönheit und Reiz in der geheim mikroskopischen Welt verschwendet?" Es kam wohl auch vor, daß ein skeptischer, dem Mikroskope mißtrauender Besucher die Existenz dieser erstaunlichen Kunstwerke der Zelle direkt leugnete oder die Bilder für optische Täuschungen erklärte. Ein anderes Mal behauptete ein naiver Laie, daß solche Tiere und Pflanzen gar nicht existieren könnten und daß meine Abbildungen davon „erfunden" seien. Dabei fiel mir die Geschichte von dem Bauern ein, der im Zoologischen Garten zu Berlin zum ersten Male lebende Elefanten und Rhinozerosse, Giraffen und Känguruhs sah. In sein heimatliches Dorf zurückgekehrt, rief er voll Enthusiasmus aus: „Nein, Kinder, das müßt ihr aber mal sehen; da laufen lebende Tiere herum, die es gar nicht gibt!"

△ **Ein Gastspiel russischer Schauspieler im Deutschen Theater.** Eine Anzahl vor dem Bolschewismus geflüchteter russischer Schauspieler veranstaltet unter der künstlerischen Leitung des Regisseurs und Schauspielers Waldemar Schumsky, am 17. August, 3 Uhr nachmittags, ein Ensemblegastspiel im Deutschen Theater. Zur Aufführung gelangt in russischer Sprache das fünfaktige Schauspiel „Herbstliche Geigen" von Ilja Surgutschoff, ein Stück aus dem Spielplan des Moskauer Künstlerischen Theaters.

△ **Wissenschaftliche Nachrichten.** Der Mathematikprofessor der Breslauer Technischen Hochschule, Geh. Regierungsrat Dr. Gerhard Hessenberg, hat den an ihn ergangenen Ruf an die Tübinger Universität als Nachfolger von Professor W. Blaschke angenommen. Bekanntlich hatte Geheimrat Hessenberg auch einen Ruf an die Universität Berlin auf den seit langem verwaisten Lehrstuhl für Geometrie erhalten.

Die neuen Post- und Telegraphengebühren.

In der Sitzung vom 8. August hat sich der Staatenausschuß mit den Gesetzentwürfen über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren befaßt. Es handelt sich um drei Gesetzentwürfe:

1. den Entwurf eines Gesetzes über das Postagwesen;
2. den Gesetzentwurf über die Telegraphen- und Fernsprechgebühren;
3. den Gesetzentwurf über das Postscheckwesen.

Der Gesetzentwurf über das

Postagwesen

sagt im wesentlichen das folgende:

Das **Briefporto** beträgt bis 20 Gramm 20 Pfennig, über 20 Gramm 30 Pfennig; für nicht oder ungenügend freigemachte Briefe beträgt das Porto das Doppelte des Fehlbetrages auf eine durch 5 teilbare Pfennigsumme, auf oben abgerundet. Für portopflichtige Dienstbriefe wird nur der einfache Fehlbetrag erhoben, wenn sie durch eine von Reichspostministerium bestimmte Bezeichnung kenntlich gemacht sind.

Das **Paketporto** wird nach Entfernung und Gewicht erhoben. Für die Berechnung nach der Entfernung sind zwei Zonen vorgesehen, eine Nahzone bis 75 Kilometer einschließlich und eine Fernzone über 75 Kilometer. Das Postgebiet wird in quadratische Felder von 15 Kilometer Seitenlänge eingeteilt und die Entfernung vom Mittelpunkt des einen zu dem gleichen Punkt des anderen Feldes gemessen. Beträgt die Entfernung nicht mehr als 75 Kilometer, so liegen die Postorte des einen in der Nahzone des anderen Feldes; ist die Entfernung größer, so liegen sie in der Fernzone. Beim Gewicht sind vier Stufen von je 5 Kilogramm gewählt. Das Paketporto beträgt bis 5 Kilogramm einschließlich in der Nahzone 0,75 Mark, in der Fernzone 1,25 Mark, über 5 Kilogramm bis einschließlich 10 Kilogramm 1,50 Mark bzw. 2,50 Mark, über 10 Kilogramm bis einschließlich 15 Kilogramm 3 Mark bzw. 5 Mark, über 15 Kilogramm bis einschließlich 20 Kilogramm 4 Mark bzw. 6 Mark. Nicht oder unzureichend freigemachte Pakete werden nicht befördert. Für sperriges Gut wird ein Zuschlag von 50 Prozent des Portos erhoben, der durch eine durch 5 teilbare Pfennigsumme nach oben abzurunden ist.

Für **Versendungen** werden erhoben 1. die Gebühr wie für eine gleichartige eingeschriebene Sendung; 2. eine Versicherungsgebühr von 20 Pfennig für je 1000 Mark Wertangabe. Nicht oder unzureichend freigemachte Versendungen werden nicht befördert.

Die **Zeitungsgebühr** beträgt 1. 5 Pfennig für jeden Monat der Bezugszeit; 2. 20 Pfennig jährlich für wöchentlich oder seltenere Erscheinungen sowie 20 Pfennig mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche; 3. 10 Pfennig jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichtes unter Gewährung eines Freigewichtes von je einem Kilogramm für soviel Ausgaben, wie der Gebühr zu 2 unterliegen.

Das Jahresgewicht wird für jedes Kalenderjahr nach dem tatsächlichen Gewicht der Zeitungsnummern des vorausgegangenen Jahres festgesetzt. Bei neuen Zeitungen erfolgt bis zur Anwendbarkeit dieser Bestimmung die Gewichtsberechnung vierteljährlich nach dem Gewicht der erschienenen Nummern. Der Verleger hat zum Zweck der Gewichtsberechnung der ihm bezeichneten Poststelle ein vollständiges Freiexemplar von jeder Nummer zu liefern.

Nachforderungen zu wenig gezahlter Gebühren verjähren innerhalb eines Jahres nach der Aufgabe der Sendung.

Der Reichspostminister ist berechtigt, den Geltungsbereich der Ortsgebühren auf Nachbarorte auszudehnen.

Die Bestimmungen finden auf den inneren Postverkehr in Bayern und Württemberg keine Anwendung.

Die von Bayern und Württemberg aus den entsprechenden Ueberschüssen oder Zuschüssen der Reichspostverwaltung jährlich zu zahlenden Ausgleichsbeträge werden nach dem Verhältnis der Gebühreneinnahmen von Bayern und Württemberg zu denen des Reiches berechnet.

Der Gesetzentwurf betreffend die

Telegraphen- und Fernsprechgebühren

hat im großen und ganzen folgenden Inhalt:

Die **Telegraphengebühr** beträgt 1. für gewöhnliche Ortstelegramme 8 Pfennig für jedes Wort, mindestens 80 Pfennig. 2. Für gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr 10 Pfennig, mindestens 1 Mark. 3. Für Pressetelegramme die Hälfte der vorstehenden Gebühren. Die übrigen Telegraphengebühren und die Bedingungen für die Benutzung des Telegraphen werden durch die Verordnung (Telegraphenordnung) festgesetzt. Durch die Telegraphenordnung werden insbesondere behandelt: 1. Die allgemeinen Erfordernisse der Telegramme. 2. Die besonderen Telegramme und ihre Gebührnisse. 3. Die Erhebung und Stundung der Gebühren. 4. Die Zurückziehung von Telegrammen auf Verlangen des Absenders. 5. Die Bestellung des Telegramms. 6. Die Behandlung der unbestellbaren Telegramme. 7. Die Verantwortlichkeit der Telegraphenverwaltung und die Erstattung von Gebühren.

Die **Fernsprechgebührenordnung** vom 20. Dezember 1899 wird dahin geändert: § 2 Absatz 1 erhält folgende Fassung: Die Bauschgebühr beträgt in Orten von nicht über 50 Teilnehmern einschließlich 160 Mark, bei 50 bis 100 einschließlich 200 Mark, bei 100 bis 200 einschließlich 240 Mark, bei 200 bis 500 einschließlich 250 Mark, bei 500 bis 1000 einschließlich 300 Mark, bei 1000 bis 5000 einschließlich 320 Mark, bei 5000 bis 20 000 einschließlich 340 Mark, bei mehr als 20 000 Teilnehmern 390 Mark jährlich für jeden Anschluß, der von der Vermittlungsstelle, von der er gefordert wird, nicht weiter als fünf Kilometer entfernt ist. Im § 4 und § 5 letzter Absatz wird die Zahl 80 durch 160 ersetzt. § 5 Absatz 2 und 3 erhält folgende Fassung: Die Grundgebühr beträgt in Orten von nicht über 1000 Teilnehmern einschließlich 120 Mark, bei 1000 bis 5000 einschließlich 150 Mark, bei 5000 bis 20 000 einschließlich 180 Mark, bei mehr als 20 000 Teilnehmern 200 Mark jährlich für jeden Anschluß, der von der Vermittlungsstelle nicht weiter als fünf Kilometer entfernt ist. Die Gesprächsgebühr beträgt 10 Pfennig für jede Verbindung.

§ 7 erhält folgende Fassung. Für die Benutzung der Verbindungsleitung zwischen verschiedenen Orten oder Orten mit öffentlichen Fernsprechstellen werden Gesprächsgebühren erhoben. Sie betragen für eine Verbindung von nicht mehr als drei Minuten bei einer Entfernung bis zu 25 Kilometer einschließlich 40 Pfennig, bis 50 Kilometer einschließlich 50 Pfennig, bis 100 Kilometer 1 Mark, bis 500 Kilometer 2 Mark, bis 1000 Kilometer 3 Mark, mehr als 1000 Kilometer 4 Mark. Auf die Berechnung der Entfernung findet die Vorschrift des § 2 des Postagwesens sinngemäße Anwendung.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft. Jeder Fernsprechteilnehmer ist berechtigt, seinen Anschluß bis zum 15. September 1919 für den 1. Oktober 1919 zu kündigen oder zu einer niedrigeren Gebührenart anzumelden.

Bei dem am 1. Oktober 1919 vorhandenen Anschlüssen gegen Grund- und Gesprächsgebühren werden die von der gesetzlichen Mindestzahl (§ 5 Absatz 1 F. G. O.) fehlenden Ortsgespräche auch im Rechnungsjahr 1919 mit 10 Pfennig angesetzt.

Der Gesetzentwurf über die

Aenderung des Postscheckgesetzes

verfügt, daß die feste Gebühr für Auszahlung im Postscheckverkehr von 5 auf 10 Pfennig erhöht wird, im übrigen bleiben die Bestimmungen des bisherigen Postscheckgesetzes bestehen.

Das Ergebnis der Einnahmen aus dem neuen Postagwesen und der Erhöhung der Telegraphen- und Fernsprechgebühren wird auf 437 000 000 Mark geschätzt, von denen die erhöhten Postgebühren 327 000 000 Mark und die erhöhten Telegraphen- und Fernsprechgebühren 110 000 000 Mark ergeben sollen.

In der Begründung zu dem Gesetz über das Postagwesen wird noch mitgeteilt, daß entsprechend der neuen Gebührenordnung für Briefe und Postkarten auch die durch die Postordnung festgesetzten Gebühren für die übrigen Briefsendungen im Verordnungswege erhöht werden sollen, und zwar für Drucksachen von über 50 bis 100 Gramm von 7½ auf 10 Pfennig, über 100 bis 250 Gramm von 15 auf 20 Pfennig, bis einschließlich 500 Gramm von 25 auf 30 Pfennig, über 500 bis 1000 Gramm von 35 auf 40 Pfennig; Geschäftspapiere bis 250 Gramm von 15 auf 20 Pfennig, über 250 Gramm von 25 auf 30 Pfennig, über 500 Gramm bis ein Kilogramm von 35 auf 40 Pfennig; Warenproben bis 250 Gramm von 15 auf 20 Pfennig, über 250 bis 500 Gramm von 25 auf 30 Pfennig, Mischsendungen bis 250 Gramm von 15 auf 20 Pfennig, über 250 bis 500 Gramm von 25 auf 30 Pfennige, über 500 bis 1000 Gramm von 35 auf 40 Pfennig; Rohrpostbriefe von 35 auf 60 Pfennige; Rohrpostkarten von 30 auf 50 Pfennige; Postanweisungen (einschließlich Bestellgeld) über 5 bis 100 Mark von 35 auf 40 Pfennige; ferner sind folgende neue Stufen festgesetzt worden: über 100 bis 250 Mark 60 Pfennige, über 250 bis 500 Mark 80 Pfennige, über 500 bis 1000 Mark 100 Pfennige.

Die Gebühren für Drucksachen bis 50 Gramm sollen unverändert auf 5 Pfennige festgesetzt bleiben, um dem Publikum die Versendung des Werbemittels nicht zu verteuern und dadurch die Wiederanbahnung von Geschäftsverbindungen zu erleichtern.

Das Grundwechselsteuergesetz in der Nationalversammlung.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

E. D. Weimar, 11. August.

Die Nationalversammlung setzte heute vormittag die zweite Lesung der Steuervorlage fort. Zunächst begann man mit dem Grundwechselsteuergesetz. Der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann erklärte, daß seine Fraktion für die Vorlage stimmen würde, wenn nicht in der zweiten Lesung unerträgliche Abänderungen vorgenommen werden würden. Der Abgeordnete Henke von der unabhängigen Sozialdemokratie war für Ablehnung des Gesetzes. Der Demokrat Waldstein hob hervor, daß man unter dem Gesichtspunkt der Notlage, in der sich das Reich befinde, dem Gesetz beipflichten könne, da das Reich Einnahmen brauche. Herabsetzung sei aber eine Herabsetzung des Steuersatzes. Dieselbe Erklärung gab der deutsche Volksparteiler Becker-Hessen ab. Der Deutschnationale Baerecke erkannte an, daß das Gesetz eine Reihe von Vorzügen enthalte, aber ihnen ständen schwerwiegende Nachteile gegenüber. Die Steuer sei eine Verkehrssteuer in roher Form. Zum mindesten müsse der Steuersatz erniedrigt werden. Nach der Generaldebatte wurde in die Spezialberatung eingetreten.

Die §§ 1 bis 6 wurden nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Zum § 7 brachten die Demokraten einen Antrag ein. Danach wird die Steuer auf Antrag nur zur Hälfte erhoben, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20 000, bei unbebauten Grundstücken 5000 Mark nicht übersteigt und weder der Erwerber und sein Ehegatte im letzten Jahr ein Einkommen von mehr als 3000 Mark gehabt hat, noch einer von ihnen den Grundstückshandel gewerbsmäßig betreibt. Als unbebaut gelten auch solche Grundstücke, auf denen Gartenhäuser, Schuppen, Lagerstätten und ähnliche zu vorübergehenden Zwecken dienende Baulichkeiten stehen. Der Antrag rief eine ausgedehnte sozialpolitische Debatte hervor. Dabei ergriff auch der Reichsfinanzminister Erzberger das Wort, um sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß er von einem berechtigten Mißtrauen gegenüber den Beamten gesprochen habe. Er habe nur von einem Mißtrauen gegenüber den Organisationen gesprochen und tat dann die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Steuerveranlagungssystems dar.

Der demokratische Antrag wurde schließlich abgelehnt. Nachdem der Reichsfinanzminister Erzberger beim § 8 eine Neuregelung der Besteuerung der toten Hand bis zum Herbst in Aussicht gestellt hatte, wurden schließlich die §§ 8 bis 15 nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Es ist allgemein aufgefallen, daß die erste Lesung der großen Umsatzsteuervorlage nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gesetzt worden ist. Wie verlautet, soll sie auf Veranlassung der Mehrheitssozialdemokratie einstweilen zurückgestellt worden sein. Die Sozialdemokratie will diese indirekte Steuer erst dann zur Verhandlung gebracht wissen, wenn die Annahme der Reichseinkommensteuer gesichert ist. Die Reichseinkommensteuer soll bekanntlich erst nach den Ferien dem Hause vorgelegt werden.

*

Heute nachmittag findet, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, in Weimar eine **Kabinettssitzung** statt. Inhalt der Beratungen wird die Erörterung über die Maßnahmen zur Durchführung der Friedensbedingungen und die Besprechung eines Gesetzentwurfes zur Unterbringung eines Teiles der Osternote 1919 für Marmelade- und Konserverungszwecke sein.

Ausstand im oberschlesischen Kohlenrevier.

Kattowitz, 11. August. (W. T. B.)

Wie die Pressestelle des Staatskommissariats mitteilt, **streiken heute 35 bis 40 Prozent des gesamten oberschlesischen Kohlenreviers.** Die Ausständigen fordern die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und erheben Einspruch gegen den Grenzschutz gegen die Wiedereinstellung der von den Arbeitern entlassenen Beamten und gegen die Verhaftung mehrerer Obmänner.

Der Bankbeamtenstreik in Hamburg.

Hamburg, 11. August. (W. T. B.)

Die Bankbeamten in Hamburg-Altona sind heute in **den Streik eingetreten.** Die Banken sind infolgedessen geschlossen. Die Bankleitungen haben die arbeitswilligen Beamten und Boten aufgefordert, sich Montag früh an ihren Arbeitsstätten einzufinden. Für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Schutz der Arbeitswilligen sind seitens des Korps Lettow ausreichende Vorkehrungen getroffen.

Die Auflösung des Großen Generalstabs.

Am 1. Oktober wird der Große Generalstab als oberste Operationsbehörde des alten Heeres zu bestehen aufgehört haben. In seiner bisherigen Form ist der Generalstab schon jetzt aufgelöst und führt der Namen „Abwicklungsstelle General v. Seekt". Die einzelnen Abteilungen werden entweder vollständig aufgelöst oder Zivilbehörden angegliedert. So wird die Landesaufnahme, der die Vermessung deutscher und während des Krieges besetzter Gebiete oblag, dem Reichsamt des Innern als Zivilbehörde angegliedert. Ebenso wird auch die im Zusammenhang mit der Landesaufnahme stehende große Kartendruckerei vom Reichsamt übernommen. Die Abteilungen „Fremde Heere" und Nachrichtenabteilung treten zum Auswärtigen Amt als Zivilbehörden über. Die Abteilung „Eisenbahnen" wird dem Eisenbahnministerium überwiesen. Die Operationsabteilung und die Presseabteilung werden vollständig aufgelöst.

Die Rückkehr der Ferienreisenden.

Vorkehrungen der Eisenbahnbehörde. – Mangelnde Verkehrsmittel in Berlin.

Mit dem gestrigen Sonntag hat für das Berliner Publikum die offizielle Reisezeit in die Badeorte und Sommerfrischen ihr Ende erreicht, und es setzte die Rückflut der Massen nach der Hauptstadt ein. Diese allgemeine Rückkehr steht naturgemäß im innigen Zusammenhang mit dem Ende der Schulferien. Morgen früh nimmt der Schulunterricht wieder seinen Anfang, und so hat eine Anzahl von Familien bereits gestern die Heimreise angetreten. Bei den sehr schwierigen Verkehrsverhältnissen auf der Eisenbahn, die sich namentlich in der geringen Anzahl der Fernzüge bemerkbar macht, ist es naturgemäß unausbleiblich, daß eine übermäßige Besetzung dieser Züge stattfindet und der größte Teil aller Rückreisenden auf Stehplätze angewiesen ist. Das Hauptkontingent aller Rückkehrenden stellen wie üblich die Ostseereisenden und somit fällt der Schwerpunkt des Verkehrs auf die Strecken, die auf dem Stettiner Bahnhofe endigen. Die Eisenbahndirektionen haben nun trotz des Mangels an Zugmaterial und Kohlen eine Verstärkung und Verdichtung des Bahnverkehrs angeordnet. Auf den frequentiertesten Linien werden heute und auch noch am Dienstag die Hauptzüge doppelt gefahren. Ferner hat man auf das alte System der Vor- und Nachzüge zurückgegriffen und deren Verkehr namentlich auf der Görlitzer Bahnstrecke eingerichtet. So wird es immerhin möglich sein, des in diesem Jahre besonders starken Ansturmes Herr zu werden. Zu irgendwelchen Störungen im Rückreiseverkehr ist es bisher nicht gekommen, und es ist somit anzunehmen, daß diese beiden kritischen Tage glatt überwunden werden.

Bedauerlich ist es nur, daß die Verkehrsmittel in Berlin selbst bei weitem nicht der Nachfrage gewachsen sind. So ist es leider auf den Bahnhofsplätzen bereits zu heftigen Auseinandersetzungen im Publikum gekommen. Die Polizeibehörde hat sich zwar der schwierigen Sachlage angenommen, indessen ist es nicht möglich, eine so große Anzahl von Beamten allein für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Die Gepäckdiebstähle sind eine unausbleibliche Folge dieser Zustände, und es muß letzten Endes jedem einzelnen überlassen bleiben, für seine und seiner Habe Sicherheit Sorge zu tragen.

Eine Lehrplankommission für die Einheitsschule. Mit der Abschaffung der untersten Vorschulklassen zum 1. Oktober wird in mehreren Gemeinden Groß-Berlins die Einheitsschule vorbereitet und aufgebaut werden. An die Stelle der Vorschulklassen treten Volksschulklassen, in die alle Kinder ohne Unterschied eingereiht werden. Für die Grundschule soll ein neuer, den jetzigen Anforderungen entsprechender Lehrplan aufgestellt werden, der auf dem Grundsatz der Arbeitsschule aufgebaut ist und den Reallehrfächern stärker als bisher Rechnung trägt. Wie wir hören, soll dieser Lehrplan für Groß-Berlin einheitlich aufgestellt werden. Zu diesem Zweck ist im Einvernehmen mit der Stadt Berlin bereits eine Groß-Berliner Lehrplankommission gebildet worden, der die führenden Schulmänner Groß-Berlins angehören. Sie wird ihre Arbeiten noch vor Beginn des neuen Schulhalbjahres aufnehmen.

Der Arbeitgeberverband des Großhandels in Groß-Berlin hat beim Reichsarbeitsministerium beantragt, den am 23. April 1919 im Textilgroßhandel mit den Angestellten abgeschlossenen Tarifvertrag für das Gebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin für allgemein verbindlich zu erklären. Der Antrag stützt sich auf § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918. Bis zum 1. September dieses Jahres können Einwendungen gegen den Antrag beim Reichsarbeitsministerium erhoben werden.

e **Betrogene Polizeireviere.** Ein Schwindler, der stets in Leutnantsuniform auftrat, sich bald Pleß v. Pleß, bald von Thiele-Winkler oder Müller v. Braunfels nannte, hat hier mit seltener Dreistigkeit Erpressungen undd Schwindeleien verübt. Er hat es dabei verstanden, Beamte der Polizeireviere selbst in Irrtum zu führen. Unter Vorweisung von gut nachgeahmten Haftbefehlen nahm er Hehler oder Schleichhändler fest und erpreßte von ihnen große Schweigegelder. Wenn seine Opfer sich weigerten, die geforderte Bestechungssumme zu zahlen, brachte er sie zur nächsten Revierwache und gab sie dort ab. Er zeigte dabei den Haftbefehl und seine Ausweispapiere, die von echten nicht zu unterscheiden waren, vor und es mußten die Beamten die Einlieferung für richtig ansehen. Der Schwindler, der jetzt verhaftet wurde, ist ein 21 Jahre alter [cut off] Karl Roder.

Einbruch in eine Filiale der Dresdner Ba[nk]

300 000 Mark gestohlen.

In die Filiale der Dresdner Bank, Landsbergerstraße [...] ist in der Zeit von Sonnabend nachmittag bis heute morgen [...] schwerer Einbruch verübt worden. Die dortige Bank[...] verfügt über eine Tresoreinrichtung, die nach jeder Richtung hi[n] Anforderung hinsichtlich der Sicherheit genügt. Trotzdem ist e[s] Einbrechern gelungen, in diesen Tresorraum einzudringen und [den] Diebstahl auszuführen. Der Vorgang hat sich vermutlich so [ab]spielt, daß die Diebe zunächst mittels Nachschlüssels den Filial[...] öffneten und von dort in den Kellerraum gelangten. Hier [...] brachen sie die sehr starke Außenwand des Tresorraumes und ko[nnten] nun ungehindert die Behältnisse im Raume selbst öffnen. [...] schwierige Einbruch konnte den Dieben nur dadurch gelingen, da[ß sie] den Sonntag benutzten, an dem die Filiale geschlossen und [...]wacht ist. Der gesamte Inhalt des Tresors fiel den Einbre[chern] in die Hände. Sie stahlen Wertpapiere im Be[trage] von 200 000 Mark, ferner rund 90 000 Mark bares G[eld] und schließlich eine Anzahl von wertvollen Schmuckgegenständen [...] Silberzeug, das Kunden der Bank in dem Tresor verwahrt hi[...] Die hohen Wertbeträge erklären sich dadurch, daß der Tresor [...] durchaus einbruchssicher gehalten wurde und somit [...] tägliche Abführung aller Bestände der Filiale an die Hauptkasse [...] erforderlich erschien. Die Kriminalpolizei hat sofort mit den [Nach]forschungen nach den Dieben begonnen, indessen fehlt bis jetzt [...] Spur. Die Art und die Nummern der gestohlenen Wertpa[piere] werden noch heute bekanntgegeben werden, so daß den Einbre[chern] der Verkauf unmöglich gemacht wird.

Hannover, 11. August. (W. T. B.) Nach einer amtlichen Mel[dung] fuhr am 9. August, nachmittags, bei Ahlen (Westfalen), ein Po[...] einem Eilgüterzug in die Flanke. Drei Militärpersonen wurden [ge]tötet, zwei schwer und drei leicht verletzt. Der Materialschaden [ist] erheblich.

---

* Das Schicksal der Banknoten der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. jur. **Josef Hans.**

Die Oesterreichisch-ungarische Bank, die letzte der gemeinsamen Institutionen des alten Staates, hat nach den Bestimmungen des Vertragsentwurfes von Saint-Germain am Tage nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Liquidation zu treten. Damit wird auch formell das Notenemissionsprivilegium der Bank, das noch bis 31. Dezember 1919 läuft, aufgehoben, nachdem es infolge der Loslösung von der gemeinsamen Währung, die von den meisten Nachfolgestaaten der alten Doppelmonarchie bereits vorgenommen wurde, faktisch schon lange seine Bedeutung verloren hat. Der Artikel 202 des Vertragsentwurfes regelt das ungemein komplizierte Problem, das sich aus dem Zerfall der Währungsgemeinschaft ergeben hat, für alle Sukzessionsstaaten in einheitlicher Weise: in einer Frist von zwei Monaten vom Tage der Unterzeichnung des Friedens sind alle in den Nachfolgestaaten zirkulierenden Kronennoten national abzustempeln und innerhalb weiterer zehn Monate durch ein neues Papiergeld zu ersetzen.

Eine vollständige Konvertierung der Kronenwährung in eine neue Währung hat bisher nur im italienischen Okkupationsgebiete stattgefunden; dort gilt seit dem 19. April d. J. die Lira als ausschliessliches gesetzliches Zahlungsmittel. Die Kronennoten wurden einfach — ohne vorherige Abstempelung — vom italienischen Staate in der Relation 100 K. = 40 Lire eingelöst.

Der Uebergang zu einer neuen Währung ist in übereinstimmender Weise in Deutschösterreich und in der tschechoslowakischen Republik angebahnt worden. In beiden Staaten erfolgte die Umwandlung der Kronennoten in die national abgestempelten Banknoten in der Relation 1:1. Unterschiede bestehen in der deutschösterreichischen und tschechoslowakischen Konvertierungsgesetzgebung hinsichtlich der Behandlung der sogenannten „Konti alter Kronenwährung“, das heisst jener in alter Kronenwährung begründeten Guthaben, die vor dem Währungswechsel bereits bestanden haben. Im tschechoslowakischen Staate besteht bezüglich dieser Konti ein absolutes Auszahlungsverbot in national gestempelten Kronen; in Deutschösterreich erstreckt sich dieses Auszahlungsverbot nur auf ausländische Gläubiger und gewisse Fonds des alten Staates (k. u. k Aerar und andere). In beiden Staaten hat im inländischen Zahlungsverkehr nur die national gestempelte Krone gesetzliche Zahlkraft.

Im südslawischen Staate sowie in Ungarn ist die Loslösung von der gemeinsamen Währung des alten Staates noch recht unvollkommen. In Südslawien zirkuliert neben der gestempelten Krone der serbische Dinar. Beide sind gesetzliche Zahlungsmittel, wobei als Umrechnungskurs die Relation 1 Dinar = 3 Kronen gilt. In Ungarn sind wiederholte Versuche der Räteregierung, dem von ihr ausgegebenen „weissen“ Gelde (so genannt, weil die Banknoten nur einseitig bedruckt sind) gesetzliche Zahlkraft zu verschaffen, misslungen. Heute zirkuliert in Ungarn neben dem weissen Geld ‚nach wie vor das „blaue“ Geld, das sind die ungestempelten Banknoten der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Nominell besteht zwischen beiden Geldsorten die Relation 1:1, tatsächlich hat sich aber zugunsten des blauen Geldes ein immer wachsendes Agio entwickelt, in dem sich das allgemeine Misstrauen gegen die Geldwirtschaft der Räteregierung äussert.

Im rumänischen Okkupationsgebiete wurde mit der Abstempelung der Kronennoten im Monat Juli begonnen. Hingegen sind in Polen und in der Ukraine noch keine Massnahmen zur Umwandlung der auf diesen Gebieten umlaufenden Kronennoten getroffen worden.

Neben den allgemeinen, für alle Sukzessionsstaaten der ehemaligen Monarchien geltenden Bestimmungen enthält der Vertragsentwurf für Deutschösterreich ein besonderes „privilegium odiosum“, das sich auf die Bezahlung der Schulden von Deutschösterreichern an Angehörige des Nationalauslandes bezieht. Hier wird, abweichend vom allgemeinen Rechtssatz des internationalen Privatrechtes, dass der Gläubiger mangels einer besonderen Vereinbarung das Valutarisiko trägt, bestimmt, dass diese Schulden in jener Währung zurückzuzahlen sind, die am Zahlungstage im Staate des Gläubigers gesetzliche Geltung hat. Der in Kronen ausgedrückte Wert ist zum Durchschnittskurse der Genfer Börse im Oktober 1918 in Schweizer Franken umzurechnen und die so ermittelte Summe wieder zum Kurse des Rückzahlungstages in die nationale Währung des Gläubigerstaates zurückzurechnen. Wirtschaftlich stellt sich diese Bestimmung, nach der z. B. 1000 Kronen mit 2400 deutschösterreichischen Kronen zurückzuzahlen wären, wenn der Gläubiger Tschechoslowake ist, als eine verschleierte Kriegsentschädigung dar, die Deutschösterreich an Staaten zu zahlen hätte, mit denen es nie im Krieg war. Für die meisten Staaten fehlt übrigens noch die formelle Voraussetzung zu dieser Umrechnung, nämlich die Notierung ihrer neuen Währungen an der Genfer Börse.

*** Danziger Privat-Aktien-Bank.** In der ausserordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, das Grundkapital um 6 Mill. M. auf 20 Mill. M. zu erhöhen. Die jungen Aktien werden von der Berliner Handelsgesellschaft in Berlin zu 127 pCt. zuzüglich 4 pCt. Zinsen vom 1. Juli d. J. ab übernommen und unter den gleichen Bedingungen den Aktionären derart angeboten, dass auf 7000 M. alte Aktien 3000 M. neue Aktien bezogen werden können. Die neuen Aktien nehmen an der Dividende für das Jahr 1919 zur Hälfte teil.

*** Die englische Besatzungsbehörde gegen das Gesetz über die Zollzahlungen in Gold.** In Deutschland ist kürzlich ein Gesetz verabschiedet worden, nach dem die Zollzahlungen bei Einfuhren in das Reichsgebiet zukünftig in Gold zu entrichten sind. Falls die Zahlung in Papiergeld erfolge, müsste ein besonderes, von Zeit zu Zeit festzusetzendes Aufgeld entrichtet werden, das nach der letzten Festsetzung 175 pCt. beträgt. Die britische Besatzungsbehörde in Köln hat nunmehr eine öffentliche Bekanntmachung erlassen, in der folgender Passus enthalten ist:

Alle Zahlungen haben rechtlich in der Währung zu erfolgen, die von der deutschen Regierung durch Gesetz oder Erlass in Umlauf gesetzt ist. Das deutsche Verlangen, dass Zollabgaben nur in Gold oder in Papier zu einem geminderten Umrechnungskurse erfolgen müssen, wird abgelehnt.

Auf Grund welchen Rechtstitels die englische Besatzungsbehörde in Köln die Anerkennung des deutschen Gesetzes ablehnt, ist nicht ersichtlich. Vielleicht stützt sie sich auf den Artikel 269 der Friedensbedingungen, der lautet: „Während einer Frist von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages dürfen die von Deutschland auf die Einfuhr der alliierten und assoziierten Mächte gelegten Abgaben nicht höher sein als die günstigsten Abgaben, die für die Einfuhr nach Deutschland am 31. Juli 1914 in Anwendung waren.“ Ob das Verlangen der Zollzahlung in Gold eine Höherbemessung der Abgaben im rechtlichen Sinne darstellt, darüber kann man verschiedener Auffassung sein. Jedenfalls steht aber fest, dass der Friedensvertrag und damit der Artikel 269 noch nicht in Kraft getreten sind, so dass sich der Einspruch der englischen Besatzungsbehörde gegen die Zollzahlung in Gold vorerst auf ihn nicht stützen kann.

*** Die Gefahren des Notenumtausches.** Aus Bankkreisen wird uns geschrieben: Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 10. August d. J. teilt mit, dass der Reichsfinanzminister an der Absicht des Notenumtausches nach wie vor festhalte. Die technischen Schwierigkeiten seien zwar, wie zugegeben wird, so gross, dass man mit einer Reihe von Monaten bis zur vollständigen Durchführung des Umtausches rechnet, scheitern werde jedoch der Umtausch hieran keineswegs. In dem Gutachten des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes vom 4. d. M. ist demgegenüber dargelegt, dass ein Notenumtausch, der zu seiner Vollziehung einer Frist von auch nur mehreren Wochen seit der erstmaligen Ankündigung bedarf, der Zweck der Erfassung des aus Gründen der Steuerflucht gehamsterten Papiergeldes von vornherein verfehlen muss. Es ist im übrigen nicht richtig, dass bloss technische Schwierigkeiten dem Plane entgegenstehen, mindestens ebenso schwer wiegen die wirtschaftlichen Bedenken. In der Presse sowie in dem erwähnten Gutachten ist neben vielem anderen die ungünstige Wirkung der blossen Ankündigung des Projektes auf den Kurs der deutschen Währung geschildert worden. Bei sämtlichen Sachverständigen erregt der Umstand, dass zufolge der Durchführung des Notenumtausches eine weitere Senkung des Markwertes eintreten könnte, ausserordentliche Besorgnis. In einem derartigen Falle würden wir für alle Ankäufe vom Ausland, die doch unbedingt nötig sind, so viel mehr bezahlen müssen, dass der durch die Abgabe dem Staate zufliessende Gewinn wahrscheinlich mehr als aufgewogen wird! Die von niemandem bezweifelte Energie des Reichsfinanzministers, auf die die „Deutsche Allg. Ztg“ noch besonders hinweisen zu müssen glaubt, wird unsere Volkswirtschaft vor diesen und anderen Schädigungen, über deren Eintritt alle zur Kritik des Projektes berufenen Kreise sich einig sind, nicht zu bewahren vermögen.

*** Erhöhung der Lagerpreise für Eisenfabrikate.** Der Westdeutsche Eisenhändlerverband und die ihm angeschlossenen Bezirksorganisationen haben beschlossen, mit Rückwirkung auf den 1. August d. J. die Lagerpreise für Eisen wie folgt festzusetzen: Stabeisen 900 M., Grobbleche 990 M., Mittelbleche 1170 M., Feinbleche 1185 Mark, Bandeisen 980 M. pro Tonne gerechnet für Verkäufer ab Lager.

Braunkohlen- und Brikettindustrie Akt.-Ges. in Berlin. In der ausserordentlichen Generalversammlung war ein Aktienkaital von 9 307 000 M. vertreten. Es wurde beschlossen, eine neue 4½proz. zu pari rückzahlbare Anleihe zum Kurse von 96 pCt. in Höhe von 10 Mill. M. aufzunehmen, dagegen die Anleihe von 1911 im Betrage von 3 Mill. M. zurückzuzahlen. Die Gesellschaft bedarf der neuen Mittel, um eine Bankschuld in Höhe von rund 5 Mill. M. abzulösen und Arbeiterkolonien zu bauen, da die Zahl der Arbeiter auf 4500 Mann gegen 3000 früher gestiegen ist und die vorhandenen Arbeiterwohnhäuser in der Niederlausitz nicht mehr ausreichen. Ueber das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres lasse sich zurzeit noch nichts mitteilen, da mit Rücksicht auf die gestiegenen Löhne eine neue Bilanz unter Verteilung der höheren Kosten auf die einzelnen Monate aufgemacht werden müsse.

*** Hartung Akt.-Ges. Berliner Eisengiesserei und Gussstahlfabrik.** In der Generalversammlung wurde die mit Verlust abschliessende Jahresrechnung für 1918/19 ohne Erörterung genehmigt. Dem Vernehmen nach arbeitet das Unternehmen auch im laufenden Jahre infolge der auf etwa 40 pCt. normaler Arbeitsverhältnisse verringerten Leistungen der Arbeiterschaft fortgesetzt mit Verlust. Es muss mit einem Betriebsverlust von etwa 100 000 M. monatlich gerechnet werden.

*** Gebrüder Schöndorf Akt.-Ges.** in Düsseldorf. Die Verwaltung plant eine Erhöhung des zurzeit 6 Mill. M. betragenden Aktienkapitals zum Zwecke der Beschaffung von weiteren Betriebsmitteln und Geldern für den Ausbau des Unternehmens. — Die letzte Kapitalerhöhung fand im Jahre 1916 statt. Sie betrug 3 Mill. M und brachte eine Kapitalverdoppelung mit sich.

*** Verband deutscher Hefefabrikanten.** Am 14. August findet eine Mitgliederversammlung statt, in der über die Gründung eines neuen Verbandes, für den eine Vertragsdauer von 20 Jahre vorgesehen ist Beschluss gefasst werden soll. Man glaubt, dass auf Grund des Vertragsentwurfes eine Einigung unter den Fabrikanten erzielt werden wird, so dass die von der Regierung im Falle des Scheiterns des freiwilligen Zusammenschlusses in Aussicht genommene Zwangssyndizierung nicht notwendig sein wird.

* An der Börse

veranlasste heute die Erklärung des Reichsfinanzministeriums, an [der] Absicht des Notenumtausches festzuhalten, sowie der we[itere] Rückgang der deutschen Kriegsanleihe starke Zurückhaltung [in der] Geschäftstätigkeit. Die Preisgestaltung selbst war recht uneinheit[lich], immerhin überwog eine etwas schwächere Tendenz. Am Mont[an]aktienmarkt waren Phönix-, Caro Hegenscheidt-, Bismarckh[ütte-] und Deutsch-Luxemburger Aktien 1 bis 1½ pCt. abgeschwächt. Dag[egen] konnten die Aktien der Mannesmannröhren-Werke etwa 4 pCt., der O[ber]schlesischen Eisenbahnbedarfs-Gesellschaft etwa 2½ pCt. und der R[om]bacher Hütte um 2 pCt. im Kurse anziehen. Bei sehr stillem Ges[chäft] gaben Schiffahrtspapiere im Rahmen von etwa 1 pCt. im K[urse] nach. Von Elektrowerten stellten sich A. E. G.-Aktien [...] 1 pCt. niedriger, die der Bergmann-Gesellschaft um etwa 1½ pCt. hö[her]. Chemische Werte waren wenig verändert mit Ausnahme [der] Höchster Farbwerke-Aktien, die 4 pCt. im Kurse gewannen. Von so[nsti]gen Papieren wurden bei lebhaften Umsätzen Orientbahn-Aktien [um] 15 pCt. im Kurse heraufgesetzt. Die Aktien der Türkischen Tabakre[gie-]Gesellschaft stellten sich 3 pCt., die der Gebrüder Böhler etwa 1½ [pCt.] im Kurse höher.

Zur Kurssteigerung der Orientbahn Akt.-Ges. wird von unterrichteten Börsenkreisen darauf hingewiesen, dass neuerdings [ein] französisches Konsortium Interesse an der Orientbahn genommen ha[be], soll und beabsichtige, die Mehrheit der Aktien des Unternehmens [auf]zukaufen.

Im Verlaufe der Börse blieb der Verkehr auf geringe Ums[ätze] beschränkt. Die Haltung selbst blieb unentschieden.

Gegen Schluss der Börse gaben die Aktien der Prinz Hein[rich ...] ca. 5 pCt. im Kurse nach, dagegen zogen die Aktien der Türkis[chen] Tabakregie um weitere ca. 6 pCt. im Kurse an.

Variable Kurse.

	9. 8.	Heutige Kurse.			
Lombard.	19 7/8	19 7/8	—	—	—
Pr. Henry	306	—	—	—	—
Orientb.	284 1/2	—	274	279	274
Schantg.	130	130 3/4	—	—	130 1/2
Gr. Berl.	122	121 3/4	—	—	—
Oest. Kred.	—	—	—	100	99
Türk Tab.	520	—	—	528	—
D. Austral.	—	—	—	—	—
Hbg. Pak.	100 1/2	100	—	—	—
„ Südam	173	171	171 1/2	172	172 1/4
Hansa	223	222 1/2	223	—	—
Ndd. Lloyd	102	101 1/8	—	—	—
Bismarck	197	—	195 1/2	—	194
Bochumer	172 5/8	172 1/2		—	—
Dt. Luxb.	147 1/2	143	—	146 1/4	—
Gelsenk.	172 1/2	173	—	—	172 3/4
Harpener	157	156 1/4	—	—	—
Hohenlohe	106	106 1/2	—	—	—
Kattowitz	134	134 3/4	—	—	—
Laura	151	—	—	—	—
Lothr.Htt.	153	152	—	—	153
Mannesm.	176	179 3/4	—	—	—

	9. 8.	Heutige Ku[rse.]			
Ob.-Eis.-B.	128 1/2	126	—	—	
O. Eis.-Ind.	139 1/2	138	—	—	
Phönix	176 1/2	175 1/4	175	175 3/4	
Rhein St.	186 1/2	—	—	186 1/4	
Rombach.	15	159	159 1/4	—	
A. f. Anil.	250	—	—	—	
Bad. „	324	—	324 1/2	325	
Elb. Farb.	282	281 1/2	—	—	
Höchster	281 1/2	285 3/4	—	—	
A E G	162 1/8	161	—	160 3/4	
Bergmann	131 3/4	133 1/2	—	—	
Siem. u. H.	-	155	—	—	
Schuckert	119 3/4	—	—	—	
Felt.Guill.	164 1/2	164 1/2	—	—	
Gb.Böhler.	175 1/2	177	—	—	
Dt. Waffen	195 1/2	—	—	—	
Hirsch K.	223 1/2	223	—	—	2[...]
V.Köln-R.	—	171	—	—	
Orenstein	170	—	170 1/2	—	
Rhein.Met.	—	—	—	—	1[...]
Daimler	195 1/4	195	—	—	
Dt. Kali	177 1/4	176	—	—	

Kurse Berliner Bankaktien: Commerzbank 120¾, [Dis]conto-Gesellschaft 152⅛, Nationalbank 99, Mitteldeutsche Kreditb[ank] 112¾, Darmstädter Bank 106, Deutsche Bank 193¾, Dresdner Bank [...] Handelsgesellschaft 152¼.

Am Markte der mit Einheitskursen notierten Pap[iere] war die Tendenz heute wenig einheitlich. Es überwogen die Kursrü[ck]gänge. Einbussen erlitten u. a. die Aktien der Zeitzer Maschinenfa[brik] um 5 pCt., der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken 7½ pCt., C. Lor[enz] 5¼ pCt., Julius Pintsch 5 pCt., Flensburger Schiffsbau 5½ pCt. Hö[her] notiert wurden dagegen die Aktien der Brown Boveri 18 pCt. (ge[gen] letzte Notiz) und der J. P. Bemberg Ges. 7½ pCt.

Im freien Verkehr waren heute die Aktien der Kanadab[ahn] nach festem Beginn im Verlaufe etwa 10 pCt. im Kurse abgeschwä[cht], konnten jedoch ca. 5 pCt. ihres Verlustes wieder einholen. (435 à [...] à 430). Petroleumwerte waren wenig im Kurse verändert, nur Deuts[che] Petroleumaktien gewannen ca. 3 pCt.. Auch Scheidemandel-Ak[tien] wurden einige Prozent höher. Kon Kolnoialwerten waren bei lebhaf[tem] Geschäft besonder& Neu-Guinea Anteile gesucht und höher

Am Rentenmarkte zeigte heute besonders Kriegsanleihe e[ine] rückläufige Kursbewegung (80⅛), auch die älteren heimischen Anlei[hen] kursierten schwächer. In österreichischen und ungarischen We[rten] ruhten die Umsätze fast ganz. Russische Anleihen waren eher im Ku[rse] abgeschwächt, russische Prioritäten gaben bis 2 pCt. im Kurse nach.

Telegraphische Auszahlungen	11. 8. Geld	11. 8. Brief	9. 8 Geld	9. 8 Brief
Holland... G.	648	648 1/2	648	648 1/2
Kopenhag. Kr.	379	379 1/2	379	379 1/2
Stockholm Kr.	425	425 1/2	425	425 1/2
Christiania Kr.	400	401 1/2	400	400 1/2
Helsingfors ..	103	103 1/2	103 1/2	103 1/2
Schweiz... Fr.	308	308 1/2	308	308 1/2

Telegraphische Auszahlungen	11. 8. Geld	11. 8. Brief	9. 8 Geld	9. 8 Brief
Wien.... Kr	42 45	42 55	42.45	4[...]
Budapest Kr.	—	—	—	
Konstantinop. 7. P	—	—	—	—
Madrid... / Barcelona Ps.	315	316	315	[...]

Täglich es Geld stellte sich auf etwa 4½ pCt.

*

*** Berliner Produktenverkehr.** Das Geschäft ist s[...] still geworden. Die schlechten Erfahrungen, die die Händler mit H[eu] und Stroh gemacht haben, veranlasst viele, sich von diesen Artik[eln] zurückziehen. Lupinen sind, obwohl sie zur Saat noch gebrau[cht] werden, schwer zu verkaufen, und Serradella bleibt vernachlässigt. V[on] Saatartikeln ist vicia villosa mit und ohne Johannisroggen offeri[ert], im letzteren Falle nur gegen Saatkarte. Hilfsfutterstoffe aller Art s[ind] viel zu kaufen, werden aber wenig begehrt. Preise für den Zentner [ab] Station (nichtamtliche Preise). Lupinen 24—30 M., Serradella Novemb[er-] Januarlieferung 40—42 M., Heu 14—15 M., Stroh 4,25—4,75 M.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: i. V. Bruno Stüm[...] Berlin; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokal[es,] Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: i. V. Fritz Badicke-Schönebe[rg;] für das Feuilleton: i. V. Dr. Hermann Schönhoff-Friedenau; für [den] Roman: Bernhard Jolles-Berlin; für die Handelszeitung: Dr. Fel[ix] Pinner-Wilmersdorf; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pil[...] Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg.
Druck und Verlag Rudolf Mosse in Berlin.